

22. November 2012

Wir übermitteln eine aktuelle APA-Meldung zur heutigen Pressekonferenz von Dr. Hannes Androsch und Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Andreas Wagener. Beachte Attachment (Kurzpräsentation).

• **APA 0342, 22.11.2012**

Bundesheer: Wehrpflicht-Gegner bestreiten befürchtete Kostenzunahme

Laut deutschem Wirtschaftswissenschaftler in anderen EU-Staaten nach Umstellung auf Berufsheer keine höheren Kosten für Militär

Das Pro-Berufsheer-Komitee "Unser Heer" wehrt sich gegen Befürchtungen der Wehrpflicht-Anhänger, ein Berufsheer und ein freiwilliges Sozialjahr wären deutlich teurer als das jetzige System. Als Gegenargumente führten der Komitee-Vorsitzende Hannes Androsch und der Wirtschaftswissenschaftler Andreas Wagener von der Leibniz Universität Hannover am Donnerstag in einer Pressekonferenz versteckte volkswirtschaftliche Kosten und internationale Vergleiche an. 21 von 27 EU-Staaten hätten bereits auf Berufsheere umgestellt, dass das Militär dem Staat danach teurer komme, "kann man nirgendwo wirklich beobachten", betonte Wagener.

Ob es nun die Wehrpflicht gebe oder nicht, mache bei den Kosten de facto keinen Unterschied, behauptete Wagener. Feststellbar sei aber ein Produktivitätsgewinn durch Berufssoldaten: Ein Berufssoldat entspreche eineinhalb bis zwei Wehrpflichtigen, "man könnte das gleiche Leistungsniveau mit der Hälfte der Leute erbringen", rechnete der Wirtschaftswissenschaftler vor. Ineffizient sei die Wehrpflicht u.a. auch, weil sich die Ausbildungsinvestition bei einer Grundwehrdienstdauer von sechs Monaten einfach nicht rentiere.

Zu berücksichtigen seien aber nicht nur die Kosten, die dem Staat anfallen, sondern auch die "versteckten Kosten", die einer belgischen Studie zufolge das Doppelte des Staatsetats ausmachen würden. "Die Wehrpflicht ist eine Steuer", sagte Wagener. Sie raube den Grundwehrdienern nicht nur mögliches Einkommen durch die Unterbezahlung, sondern auch Lebensinkommen. Studien für andere Länder gehen von vier bis 15 Prozent des Lebensinkommens aus, nimmt man fünf Prozent für Österreich an, wären das im Durchschnitt zwei Jahreseinkommen, also 70.000 Euro. Doch nicht nur Geld, sondern auch Ausbildungszeit wird den jungen Männern nach Meinung des Wissenschafters "gestohlen". OECD-Studien würden zeigen, dass in Staaten mit Wehrpflicht bis zu zehn Prozent weniger Leute im tertiären Bildungssektor landen, also ein Studium beginnen. Auch die Wirtschaft wachse um rund ein Viertelprozent langsamer.

Mögliche Rekrutierungsprobleme in Sozialberufen und beim Heer ließ der Experte ebenfalls nicht gelten. Diese habe es in anderen Staaten "bestenfalls temporär" gegeben und wenn, dann eher im militärischen Bereich. Dass beim Entfall des Zivildiensts die Rettung nicht mehr komme, sei "eine ziemliche üble Panikmache". Leistungseinbußen und Kostensteigerungen im sozialen Bereich seien "einfach nicht eingetreten", in keinem der Länder. "Österreich ist ein spezielles Land, aber so speziell auch wieder nicht", schmunzelte Wagener.

Viele Länder hätten die Diskussion schon geführt und die "aus volkswirtschaftlicher Sicht" empfohlene Abschaffung der Wehrpflicht beschlossen, "nennenswerte Verwerfungen" habe es nirgendwo gegeben, resümierte Wagener. Androsch mahnte erneut eine "vernünftige, aufrichtige Diskussion" ein. Sonst würde am Ende nur "verbrannte Erde" für das Bundesheer und seine Aufgaben übrig bleiben.

Impressum/Offenlegung gemäß §§ 24, 25 MedienG:
Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Eigentümer (zu 100%):

Sozialdemokratische Partei Österreichs, Bundesorganisation
1014 Wien, Löwelstraße 18
Telefon: +43 (1) 53427-0, e-mail: spoe@spoe.at

<http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>